

Alarm für die Kultur: AMS-Zuverdienst soll wegfallen - Künstler in Gefahr!

Ursula Berner und Markus Koza warnen vor den Folgen des Wegfalls der AMS-Zuverdienstgrenze für Künstler:innen und die Kulturszene.



Wien, Österreich - Der Wegfall des geringfügigen Zuverdienstes für Personen im Kunst- und Kulturbereich könnte gravierende Auswirkungen auf die bereits angespannte finanzielle Lage vieler Künstler:innen und Kulturarbeitender in Österreich haben. Ursula Berner, Kultursprecherin der Wiener Grünen, weist auf diese Problematik hin. Laut ihren Angaben plant die Bundesregierung eine nahezu vollständige Abschaffung des Zuverdienstes bei AMS-Bezug, was insbesondere Menschen mit geringem Einkommen trifft, die dennoch kulturell produktiv tätig sind. Viele Künstler:innen sind lediglich während der Probezeiten angestellt und erhalten für Aufführungen separate Bezahlungen, was die Situation weiter verkompliziert.

Die derzeitig bestehenden Förderungen ermöglichen keine durchgehende Anstellung von Künstler:innen, was in der Vergangenheit bereits zu einer prekären Beschäftigungssituation beigetragen hat. Interessensgemeinschaften sowie der Österreichische Kulturrat warnen, dass die Streichung des Zuverdienstes die Prekarisierung im Kunst- und Kulturbereich verstärken könnte. Markus Koza, Grüner Arbeits- und Sozialsprecher, berichtet von einem umfassenden Antrag zur sozialen Reform, der spezielle Ausnahmeregelungen für Künstler:innen vorsah, jedoch nicht die notwendige Zustimmung fand.

Die Herausforderungen für Kulturarbeitende

Die Schwerpunktausgabe des „Zentralorgans für Kulturpolitik und Propaganda“ thematisiert die Lebens- und Arbeitsbedingungen, denen viele freie Kunst- und Kulturarbeiter:innen täglich ausgesetzt sind. Diese sind oftmals geprägt von niedrigem und unregelmäßigem Einkommen sowie einer schwachen sozialen Absicherung. Politiker:innen zeigen häufig ein mangelndes Bewusstsein für die Bedeutung von Kunst und Kultur als gesellschaftliche Arbeitsleistungen, die dringend fair entlohnt werden sollten, wie [igkultur.at](https://www.igkultur.at) berichtet.

Darüber hinaus sind Arbeitsmarktförderungen im Kultursektor von Kürzungen betroffen, die an einer fulminanten Reform des Sozialversicherungssystems festgemacht werden können. Dies trägt zur weiteren Destabilisierung der bereits prekären Arbeitsverhältnisse im Kultursektor bei.

Gemeinsame Anstrengungen gegen Prekarisierung

Im Kunst- und Kulturbereich herrscht ein akuter Mangel an sozialer Absicherung, wie [fairpaykultur.at](https://www.fairpaykultur.at) feststellt. Die IG Kultur und die GPA haben eine Sozialpartnerempfehlung

veröffentlicht, die Mindeststandards und klare Empfehlungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die freie Kulturarbeit umfasst. Diese empfiehlt die Implementierung von Mindestlöhnen und fordert eine bessere Zusammenarbeit zwischen Kulturvereinen, Arbeitnehmer:innen und der öffentlichen Hand, um die Bedingungen im Kulturbereich nachhaltig zu verbessern.

Angesichts der prekären Verhältnisse und der unzureichenden Zahlungen, die viele Kulturarbeiter:innen erfahren – Schätzungen zufolge liegen die Unterzahlungen im Bereich von durchschnittlich 60 Prozent – ist eine Reform des Systems zwingend notwendig. Der Alltag im Kulturbereich wird oft von unsteten Anstellungsverhältnissen und unentgeltlicher Arbeit bestimmt, was nicht länger hingenommen werden darf.

Die politischen Vertreter:innen Berner und Koza fordern daher die Bundesregierung auf, Artikel 45 aus dem Budgetbegleitgesetz zu streichen, um den Künstler:innen in Österreich eine adäquate soziale Absicherung und faire Vergütung zu garantieren. Es ist wichtig, die spezifischen Erwerbsrealitäten in der Kulturszene rechtskräftig abzusichern, um den gesellschaftlichen Wert der Kunst und Kultur anzuerkennen und zu fördern.

Details	
Vorfall	Kultur
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• igkultur.at• www.fairpaykultur.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at